

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter

und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 24.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieg, Hannover.
Druck von Börske & Köber, Hannover.

Hannover,
12. Juni 1903.

Abonnementspreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Pr.
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsgep. Petitzeile
30 Pf., b. Wiederh. Rabatt. Und. Inserate die Petitzeile 20 Pf.

13. Jahrg.

Vor der Schlacht!

Mann der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne Deine Macht!

Der Wahltag zum Reichstag rückt heran, nur wenige Tage noch trennen uns von dem Tage, wo jeder wahlfähige Deutsche sein Stimmrecht — das er dank der Wahlrechtsverschlechterung in Folge der Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre seitens der bürgerlichen Reichstagsmehrheit alle fünf Jahre nur einmal ausüben darf — auszuüben hat und als Arbeiter in seinem Interesse ausüben muß. Vor dem Tage der Entscheidung ist eine Klärung der Situation nötig. Innerhalb 5 Jahren kann viel zu Gunsten oder Ungunsten auf dem Gebiete der Gesetzgebung für die Arbeiter geschaffen werden; durch eine einzige Abstimmung im Reichstage kann das durch die gewerkschaftlichen Organisationen Erreungene in irgend einer Weise illusorisch gemacht werden, wie z. B. die durch die Gewerkschaften erzielten höheren Löhne durch die Verteuerung der Lebensmittel z. B. auf dem Wege der Gesetzgebung, wie bei dem Zolltarif; durch eine einzige Abstimmung im Reichstage kann die Brausteuer ins Unendliche erhöht, Tausenden von Brauereiarbeitern die Existenz genommen und den Uebrigen die Verbesserung ihrer Verhältnisse kolossal erschwert werden. Daß so etwas verhindert wird, dafür haben die Arbeiter, und vor allen Dingen auch die Brauereiarbeiter, durch Wahl wirklicher Arbeitervertreter einzutreten. Nicht Verschlechterungen, sondern Verbesserungen für die Arbeiterklasse wollen wir und haben wir zu verlangen. Sehen wir uns z. B. einmal die skandalösen Zustände in Bezug auf die Sonntagsruhe in der Brauindustrie an, die gerade in den frommsten Gegenden aller Christlichkeit und dem Geseze Hohn sprechen. Wo man nicht direkt auf das Gesez pfeift und die Arbeiter Sonntags gerade so und manchmal noch mehr als an Werktagen ausbeutet, wird eine Auslegungskunst geübt, die die Schutzbestimmungen für die Arbeiter in das Gegenteil umkehrt, und die Behörden lassen sich ein Schnippchen schlagen oder kümmern sich überhaupt um nichts. Auch mit der Sonntagsruhe wird sich der kommende Reichstag in irgend einer Weise befassen und da ist es für die Brauereiarbeiter von Vorteil, wenn möglichst viel wirkliche Arbeitervertreter in den Reichstag einziehen.

Wer diese wirklichen Arbeitervertreter sind, haben wir durch Aussprüche einwandfreier Männer in der vorigen Nummer der „Bräuer-Zeitung“ angeführt. Bismarck, Graf Posadowsky, Bischof Korum und Generaldirektor Köfide haben die Vertreter der Sozialdemokratie als die wirklichen resp. einzigen Vertreter der Arbeiter bezeichnet, auf deren Drängen alles für die Arbeiterklasse Nützliche geschaffen wurde, was überhaupt geschaffen worden.

Sobald es aber zur Reichstagswahl geht, aber auch nur dann, geben sich alle bürgerlichen Parteien merkwürdig arbeiterfreundlich. Das ist nicht sonderbar und nur allzu erklärlich, die Stimmen der Arbeiter hat man gern. Und im gleichen Maße, wie die Arbeiterfreundlichkeit dieser Parteien, die viel zu verlieren haben, vor den Wahlen wächst, wächst die Schimpf- und Verleumdungswuth gegenüber den wirklichen Arbeitervertretern, den Sozialdemokraten; und auch das ist nur zu erklärlich, haben sie an diese Partei doch das Meiste zu verlieren. Was, um die Arbeiter vor ihren wirklichen Vertretern graulich zu machen, in diesem Jahre an Verleumdungen und Lügen über die Sozialdemokratie in den Zeitungen der verschiedenen Parteien und in Flugblättern geleistet wurde, das geht auf keine Ruhhaut; und wieder erklärlicherweise schimpfen und verleumden am stärksten diejenigen, die im verflochtenen Reichstage gegen die Arbeiterklasse am meisten gesündigt haben, die das Volksgericht am 16. Juni, die Fahnenflucht ihrer früheren Wähler und deren Uebergang zur Sozialdemokratie am meisten zu fürchten haben. Nach der Anzahl und dem Inhalt der uns bis jetzt zu Gesicht gekommenen Flugblätter leistet darin besonders das Zentrum ganz Erleuchtetes. Gleichzeitig umgibt es sich mit einem Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit, der diesem Erzfeind gegen die Interessen der Arbeiter wahrlich schlecht zu Gesicht steht. Diese Handlungen des Zentrums sind aber durchaus zu verstehen. Den Zolltarif alias Brot u. Butter hat die deutsche Arbeiterklasse, und die Verteuerung der Brauereierzeugnisse durch den Zolltarif haben die

Brauindustrie und die Brauereiarbeiter dem Zentrum zu verdanken, das darf nicht vergessen werden. Und wenn im neuen Reichstage eine Erhöhung der Brausteuer eintreten sollte, haben es die Brauereiarbeiter wiederum dem Zentrum zu verdanken, sobald es in der gleichen Stärke wie bisher im Reichstage einzieht und seine Rolle als „regierungsfähige“ Partei weiter spielt; denn als regierungsfähige Partei kann das Zentrum garnicht umhin, das Reich aus der Finanzklemme, in die es durch dieselbe Regierungsfähigkeit hineingekommen ist, zu befreien, und hierzu ist das Mittel der Regierung die Erhöhung der Brausteuer in erster Linie.

Die katholischen Arbeiter haben den Volksverrath ihrer Führer erkannt, überall und besonders in den Industriebezirken rebellieren sie gegen diese Zentrumspolitik der Volksausbeutung, daher die äußerste Anstrengung der Zentrumsführer, die aufgeregten katholischen Arbeiter zu beschwichtigen, sie über den wahren Stand der Dinge zu täuschen und sie vor der Sozialdemokratie graulich zu machen, an welche sie die katholischen Arbeiter zu verlieren fürchten. Das Zentrum hat wenig Glück damit, sein Arbeiterverrath ist auch von den katholischen Arbeitern erkannt; wie diese über die Brotwucherpolitik des Zentrums denken, davon zeugt ein von seinen eigenen Parteigenossen in Düsseldorf herausgegebenes Flugblatt, in dem es u. A. heißt:

„Durch eine ganz bebauerliche, verkehrte Richtung unserer Parteipolitik, durch einseitige reaktionäre Ziele, welche die Interessen des Volkes schädigen, droht unser Zentrum den Rückhalt im Volke langsam aber mit unfehlbarer Sicherheit zu verlieren, ähnlich wie wir es bei den Nationalliberalen erlebt haben.“

„Mitbürger! Die ganze Zukunft unseres Volkes ist bedroht, und wo bleibt unser Zentrum, wo bleiben unsere alten idealen Ziele? Auch im Zentrum drohen reaktionäre volksfeindliche Elemente zur Herrschaft zu gelangen, und schon muß man befürchten, daß unsere Partei die alten Wahren Windthorst's völlig verläßt und vergißt. Das zeigt schon die Haltung der großen Mehrheit unserer Zentrums-Abgeordneten gegenüber der Zollvorlage im vorigen Jahre.“

„Der Arbeiter, der Handwerker, der Geschäftstreibende, die große Masse der kleinen Bauern, alle werden durch diese Preissteigerung der Lebensbedürfnisse aufs Schwerste geschädigt. Wer aber hat den Nutzen? Der, welcher es am wenigsten nötig hat. Die Getreidezollerhöhung würde z. B. dem Fürsten v. Hohenzollern-Sigmaringen 503 000 Mark einbringen, dem Fürsten v. Pleß 511 000 Mark, dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen 333 000 Mark.“

„Mitbürger! Diese endlose Steigerung der indirekten Steuern und Zölle ist von den alten Führern des Zentrums aufs Schärfste verurtheilt worden. So erklärte Dr. Windthorst im Jahre 1887:

„Es ist endlich Zeit, mit den indirekten Steuern aufzuhören, und wenn wir weitere Bedürfnisse haben, auf die direkten (Einkommens- und Vermögens-) Steuern zurückzugreifen, weil wir sonst den Arbeitern gerechten Anlaß zu Klagen geben.“

Ebenso sagte der Mitbegründer des Zentrums, Abgeordneter Dr. Reichensperger, 1892 im Reichstage:

Für mich steht es außer aller Frage, daß eine andauernde Aufrechterhaltung des Zolles von 5 Mark absolut unmöglich ist; denn ein solcher Zoll beträgt auch bei den heutigen exorbitanten Preisen noch immer 20 Prozent, und bei normalen mittleren Preisen würde er 30 bis 40 Prozent betragen. Das geht meiner Meinung nach nicht an gegenüber dem allernotwendigsten Lebensbedürfnis.“

Die Worte wurden damals im Zentrum mit allgemeinem Bravo begrüßt. Und heute mag es unser Abgeordneter, das Volk doppelt und dreifach zu belasten, um den Kornjurken Millionengewinne zu machen.

Zwischen 1897 versprach ein älteres Flugblatt (Nr. 6) des Volksvereins für das katholische Deutschland:

Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo der jetzige Zolltarif einer Revision unterzogen werden wird; dann wird das Zentrum nicht verfehlen, bestehende Gärten zu befeitigen und dafür zu sorgen, daß, soweit dies mit dem Schutze der heimischen Produktion, insbesondere der Landwirtschaft, vereinbarlich ist, die Verbrauchartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Genußsucht, dem Brunn und Luxus dienenden Gegenstände stärker herangezogen werden.

Derselbe Volksverein aber giebt im Jahre 1900 ein Flugblatt (Nr. 17) aus: „Warum ist eine Erhöhung der Getreidezölle notwendig?“ worin er statt einer Entlastung eine gewaltige Mehrbelastung der ärmeren Bevölkerung empfiehlt. Der hungernde Arbeiter aber erhält folgenden faulen Trost für die Brotverteuerung:

Demgegenüber werden die Industriearbeiter die durch die höheren Getreidepreise und Brotpreise erwachsenden Mehrausgaben dadurch wieder einzubringen suchen müssen, daß sie durch Drängen auf weitere Fortführung der Arbeitergesetzgebung und besonders durch genossenschaftliche Selbsthilfe in den Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften ihr Bohneneinkommen zu erhöhen streben.

Mitbürger! Das ist ein schwächlicher Verrath am deutschen Volke! Woher denn diese Aenderung der Meinung? Das Zentrum, welches einst nach der freiständigen Seite hinneigte, ist nach rechts, zu den Konservativen und Junkern abgelenkt, um mit diesen Regierungspartei zu spielen!“

„Ghe das Zentrum die letzte große Flottenvorlage mit durchbrückte, schrieb das führende Blatt unserer Partei, die „Germania“, am 1. November 1899:

„daß es ihr widerstrebe, die Kosten der Flottenvermehrung durch eine Brotverteuerung den Arbeitern abzunehmen.“

Das Zentrum mußte der Regierung die Kosten der Flottenvorlage bewilligen, nachdem die bekannten Forderungen, die Schaumweinsteuer u. s. w. zu wenig eingebracht. Das verräth die Seele der jetzigen Zentrumspolitik, Abgeordneter Dr. Spahn, indem er in einer Rede zu Bonn am 21. September 1902 sagte:

„Die Mindestsätze (für Getreide und Vieh) zu ändern, gehe nicht an, denn man brauche sie bringen im Hinblick auf den Geldbedarf des Reiches... Der Schwerpunkt liegt daher in der Frage, woher die Mittel nehmen, deren das Reich bedarf, namentlich in Folge der höheren Aufwendungen für Heer und Marine.“

„Wir Zentrumsmitglieder, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, können daher keinen Vertreter brauchen, der einen Gierzug aufführt nach der Fülle des Kriegsministers, sondern nur einen Mann mit Rückgrat.“

Oder heißt das noch eine Volkspartei sein, wenn man den Mittelstand, die Arbeiterschaft, den Bauer durch eine unerhörte Steigerung der Abgaben und Steuern ruiniert, wenn man diese Lasten nicht den Reichen, sondern dem arbeitenden Volke auferlegt, und wenn man dem armen Manne sein Hungerbrot noch verteuert und ihn gänzlichem Elend entgegenreibt?“

„Aber die Wittwen- und Waisenversicherung macht die Brotverteuerung wieder gut? Als ob ein Spießbude und Bestreuer gerechtfertigt wird, wenn er einmal den Noblen spielt! Auf! über diesen Hohn! Diese Wittwenversicherung tritt erst in Kraft, wenn die Mehrzahl der jetzigen Arbeiterfamilien verschunden ist. Und wenn sich der christliche Staat auf der christlichen Familie aufbaut, ist es da recht, daß man der Familie 100 Mark vom täglichen Brot nimmt, und nach dem die Familie durch den Tod des Vaters zerrissen und aufgelöst ist, den Hinterbliebenen 20 Mark zurückgibt? Solche Unverschämtheiten verbergen nicht die Schamröthe ob einer volkreuernden Politik.“

„Mag das Zentrum noch so treu unsere religiösen Interessen vertreten, unter den obwaltenden Umständen werden schließlich große Kreise des Volkes in unserer Partei eine energische Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen vermissen und sich der Sozialdemokratie zuwenden.“

„Auf daher zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht! Die kommende Reichstagswahl werde ein flammender Protest des katholischen Volkes gegen Unfähigkeit, Schwäche und Verrath seiner Führer!“

In demselben Flugblatt heißt es dann noch weiter über die Mundtodtmachung und Unterdrückung der Zentrumswähler aus den Arbeiterkreisen seitens der Zentrumsleitung:

„Als sich im vorigen Jahre katholische Arbeiter und Handwerker zusammenschlossen zu Zentrumsvereinen, um auf Grund des Zentrumsprogrammes eine volksförmlichere Politik anzubahnen, da führten Parteivorstände wie Sekretäre des Volksvereins Sprengkolonnen in die von Zentrumswählern anberaumten Versammlungen, um die Opposition des kleinen Mannes gegen die reaktionäre Junkerpolitik im Zentrum niederzuknirschen und niederzubrühen.“

„Diese Beeinträchtigung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungsrechts wagten die Herren der Zentrumspartheileitung gegenüber katholischen Arbeitern und Handwerkern in Köln, Kall, Mülheim, Rhegdt, Odenkirchen, M.-Stadbach; ja in Biersen wurde dem Zentrumsverein zweimal das Lokal abgetrieben u. s. zuletzt gar für eine vom Parteivorstand einberufene offizielle Versammlung ausgemietet!“

Und dieselbe Zentrumspartheileitung, die hier die Opposition der katholischen Arbeiter gegen die Brotwucherpolitik des Zentrums niederbrüllen ließ, läßt im Wahlkreis Bochum eine ganz andere Praxis. In diesem Bergarbeiterbezirke stellte sie einen leibhaftigen Bergarbeiter, Berse, zum Zwecke des Stimmenganges als Reichstagskandidaten auf, weil die Sünder des Brotwuchers drücken und man durch sonstige Kunststücken auf Erfolg rechnet. Diese Kunststücke sind: Der Kandidat Berse muß den Arbeitern in den Zentrumsversammlungen den Achtstundentag und das volle Koalitionsrecht versprechen. Wir führen dieses hier an, um die ungeheuere Heuchelei der Zentrumsführer zu charakterisieren. Diese Heuchelei wird schon treffend gekennzeichnet durch die verschiedenen Ausprägungen christlich organisierter Arbeiter von Zentrumsunternehmern wegen Ausübung des Koalitionsrechts; sie wird noch mehr gekennzeichnet durch die Niederstimmung des sozialdemokratischen Antrages seitens des Zentrums im Reichstage, der auf die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages, welcher in zu bestimmender Zeit bis auf 8 Stunden verkürzt werden sollte, hinzielte; sie wird ferner gekennzeichnet durch die Aussprache eines hervorragenden und einflußreichen Führers des Zentrums, Barons von Hertling, der im Reichstage erklärte, daß er die Einführung eines gesetzlichen Arbeitstages für die erwachsenen männlichen Arbeiter bekämpfe, auch wenn hundertmal feststehe, daß der Zehnstundentag und selbst

der Neunstundentag von der deutschen Industrie getragen werden könne.

Dass die anderen bürgerlichen Parteien ebenso wenig auf das Wohl und Wehe der Arbeiter bedacht sind, bedarf keiner weiteren Erörterung. Wir haben uns deshalb besonders mit den Zentrumsführern befaßt, weil sie am meisten mit ihrer sogenannten „Arbeiterfreundlichkeit“ hauffen gehen. Vor den Wahlen Arbeiterfreundlichkeit, nach den Wahlen Arbeiterverrath!

Am 16. Juni muß jeder Brauereiarbeiter, der 25 Jahre alt ist oder an diesem Tage wird, sein Wahlrecht ausüben!

Die Wahl ist zum ersten Mal wirklich geheim, da jeder Wähler ein undurchsichtiges amtliches Wahllorenzettel erhält, in das er seinen Stimmzettel — aber nur einen — hineinzustecken hat, und zwar begiebt er sich zu diesem Zwecke in einen hierfür hergerichteten Raum, im oder neben dem Wahllokal, wo er unbeachtet von Jedermann ist. Die Wahlzeit ist von Vormittags 10 Uhr bis Abends 7 Uhr. Wer es irgend möglich machen kann, gehe schon bei Tage wählen, da Abends der Andrang zu groß ist und schließlich Mancher sein Wahlrecht nicht mehr ausüben kann, weil punkt 7 Uhr die Wahlhandlung geschlossen wird und nach 7 Uhr kein Stimmzettel mehr angenommen werden darf.

Getreide- und Brotpreis.

Der agrarische Zollwucher wirft bereits seine Schatten voraus, der wirtschaftliche Krieg der Interessenten beginnt. Der Schwundel der Zollschwämme, die Erhöhung der Getreidezölle werde im Mehl- bzw. Brotpreis nicht zum Ausdruck kommen, wird durch ein Zirkular treffend gekennzeichnet, das die „Vereinigung sächsischer Handelsmühlen“, der Firmen in Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt a. M. und einer Anzahl anderer Städte in der Umgegend angeht, in den letzten Tagen an ihre Kunden versandt hat. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

Die Unsicherheit bezüglich des Zeitpunktes der Einführung des neuen Zolltariffs veranlaßt die unterzeichneten Mühlen, um sich vor plötzlichen schweren Verlusten zu bewahren, von jetzt ab bei allen Verkäufen die nachfolgende Zusatzbedingung zu Grunde zu legen:

Für alle an dem Tage des Stillwerdens erhobler Getreidezölle noch nicht fälligen Mehlquantitäten (einschließlich Erbsen und Dunste) tritt ein Aufschlag in der Weise ein, daß für

je 75 Kilogramm Weizenmehl der Mehrgewinn für 100 Kilogramm Weizen
je 65 Kilogramm Roggenmehl der Mehrgewinn für 100 Kilogramm Roggen vom Käufer zu entrichten ist.

Dieser Aufschlag ist auch für solche vor dem obigen Tage fällig gewordene Quantitäten zu entrichten, welche der Käufer bis dahin nicht ordnungsgemäß abgerufen hat oder mit deren Abnahme er im Verzuge ist.

Was die noch laufenden alten, ohne Zollkaufel geschlossenen Verträge betrifft, so ersuchen wir unsere geehrten Kunden, in ihrem eigenen Interesse die Verzugsfolgen zu vermeiden, da wir mit Rücksicht auf die eingangs erwähnte Sachlage bei diesen alten Abschlüssen auf rechtzeitigen Abzug der fälligen Quantitäten werden halten müssen.

Die Mehlhändler wehren sich gegen diese neuen Verkaufsbedingungen; sie beauftragten den Vorstand ihres sächsischen Verbandes in einer außerordentlichen Generalversammlung, die Vereinigung der Handelsmühlen zur Annahme jener Verkaufsbedingungen zu ersuchen und einer auf den 8. Juni nach Mannheim einberufenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung Bericht zu erstatten, damit diese weitere eventuell nötige Beschlüsse fassen könne.

Der Protest der Mehlhändler wird wirkungslos verfallen, das schließliche Resultat wird sein, daß nicht die Handelsmühlen ihre Verkaufsbedingungen zurücknehmen, sondern daß die Mehlhändler den ihnen auferlegten Mehrgewinn auf die Bäcker abwälzen werden, und in konsequenter Reihenfolge werden die ganzen Kosten auf die Brotesser, hauptsächlich auf die Arbeiterklasse, auf die untersten, schlechtestgestellten Volksschichten abgeladen.

Man sieht also, daß der erhöhte Zoll, ganz ohne Rücksicht auf das Quantum des noch im Inland vorhandenen Getreides, sofort mit dem Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifes in der Steigerung des Mehlpreises und in der dementsprechenden Vertteuerung des Brotes, der Belastung der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommen wird. Am 16. Juni müssen die Arbeiter den konservativ-liberal-national-liberalen Brotwuchern mit dem Stimmzettel die Quittung für diesen Raub ertzählen.

In der Kaiserbrauerei in Schönebeck a. d. Elbe

hat man seit jeder Verbandsmitgliedschaft nicht gern gesehen. In der letzten Zeit sah aber der Verband auch dort Wurzel, es wurde eine Zahlstelle gegründet, die sich ganz schön entwickelte. Eine Aufregung fand inzwischen statt, die jedoch nach Rücksprache des Verbandsvorsitzenden vordringlich gemacht wurde. Da in dem Betriebe noch sehr Vieles zu wünschen übrig läßt, beschloßen die organisierten Brauereiarbeiter, eine Verbesserung anzustreben. Mäzger, die gelehrte Brauer sind, erhalten für die 6 Arbeitstage 3,30 M., die ungelohnten Mäzgerarbeiter 1,75 bis 2,25 M. pro Tag. Arbeit wird hauptsächlich nicht zu wenig verlangt, die Leute werden genügend angereizt. Die Sonntagarbeit ist ausgesetzt; eines Sonntag arbeiten die Mäzger 5 Stunden, den anderen Sonntag 8 Stunden, dann haben sie am folgenden Montag zwölf Stunden frei, um wenigstens einmal auszuholen zu können, doch saugen sie am anderen Montag schon früh 3½ Uhr an. Von Bezahlung der Ueberstunden keine Spur. Außerhalb der Mäzgerzeit wird pro Tag 3 Mark bezahlt für solche, die über 20 Jahre alt und ½ Jahr beschäftigt sind. Jeder zweite Sonntag ist frei. Brauer erhalten überhaupt keine Ueberstunden bezahlt. Die Ueberstunden und Handwerker erhalten die Ueberarbeit mit dem üblichen Tagelohn bezahlt, die Bierfahrer haben Gehalt.

Solche Lohnverhältnisse sind doch sehr verbesserungsbedürftig, doch der Millionenfürer, Herr Alendorff, dachte anders; er lehnte Alles rundweg ab. Man sieht, daß er schon versteht hat, mit welchem Lohn auszukommen, und daß er aus diesem Grunde weiß, daß man damit auskommen kann und einer Verbesserung nicht bedarf. Eine Unterhandlung mit den Vertretern der Organisation der Arbeiter ebenfalls ab mit dem Hinweis auf die Statuten der Arbeitervereinsorganisation, die ihm solches verbieth. Eine besondere Saht dieser Herren, mit dem Hinweis auf die Statuten ihrer

Vereinigung die Vereinigung der Arbeiter nicht anzuerkennen. Das ist nicht im Sinne der kaiserlichen Erlasse, wonach den Arbeitern die Erkenntnis beigebracht werden sollte, daß sie gleichberechtigte Bürger des Staates sind, auch nicht im Sinne der Gewerbeordnung, wonach dem Arbeiter das Koalitionsrecht zusteht. Doch darauf spielen die Unternehmer, sie halten sich für den Staat, für die Herren im Staat, die Arbeiter sind lediglich Rechte, Ausbeutungsobjekte, denen man einen Lohn giebt, wie man es gütigst für gut befindet, wenn sie dabei auch hungern, die aber sonst nichts zu melden und keine Rechte haben. Es ist die Folge der bisherigen Voterei unter den Brauereiarbeitern in Magdeburg und Umgegend, daß die Herren jetzt noch nicht einmal die Arbeiterorganisation als gleichberechtigt zur Verhandlung anerkennen und dieses in ihrem Statut festzulegen sich erweifen können. Die Wafschloppigkeit des „Bundes“ hat diese Folgen gezeitigt. Es wird Zeit, daß da mal ein frischer Wind hineinweht und den Herren Unternehmern diesen anmaßenden unbeschränkten Herrn-im-Hause-Standpunkt austreibt.

Herr Alendorff vermieth die in seinem Betriebe beschäftigten organisierten Arbeiter mit ihren Forderungen an den Arbeiterausschuß. Da die organisierten Brauereiarbeiter alle Mittel einer gütlichen Verständigung, die ihnen zu Gebote stehen, erproben, wollten sie auch auf dem ihnen gerietenen Wege ihren Wünschen Geltung zu verschaffen versuchen; doch daran wurden sie durch von Herrn Alendorff verfügte Maßnahmen gehindert. Am 16. Mai wurden plötzlich 10 Mann aus der Mäzgerei gekündigt, 5 Brauer und 5 Arbeiter, lauter Organisten, die Hälfte davon verheirathet, mit starker Familie. Von diesen gekündigten waren zwei Mann 4 bis 5 Jahre im Betriebe beschäftigt, ein Mann über 8 Jahre, drei 1½ bis 2 Jahre und vier Mann seit Anfang der Kampagne, also 8 bis 9 Monate. Bis zu diesem Jahre ist noch nie mal ein Mäzger ausgestellt worden, selbst wenn die Arbeiter in den Kolonnen vollständig blieben. Alle sind sie weiter beschäftigt worden, wenn nicht anders, dann auf dem Felde. In diesem Jahre sind aber seit Anfang März mehr Brauereiarbeiter weggegangen, als jetzt gekündigt wurden, es lag also zu der Kündigung um so weniger Veranlassung vor. Der Grund dieser Maßnahme kann nur der sein, die Organisation der Arbeiter zu treffen, das Recht der Koalition, von dem die Herren so ausgiebigen und selbstverständlichen Gebrauch machen, den Arbeitern zu nehmen resp. ihnen die Ausübung dieses Rechtes durch die Konstatierung eines Exempels für immer zu verleiern; und ein weiterer Grund wird auch der sein, den Arbeitern dieses Betriebes mit seinem millionenreichen Besitz die Bestrebung nach Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse möglichst für dauernd aus dem Sinn zu schlagen. Nicht nur, daß die Thatsache der zum ersten Mal ausnahmsweise erfolgten Kündigung der Mäzgerarbeiter an sich zu dieser Annahme berechtigt, die erfolgte Auswahl der gekündigten läßt nachdrücklich keine andere Deutung zu, denn es sind noch 20 bis 25 Mann nach dem jüngsten der gekündigten im Geschäft dort eingestellt worden, diese waren also noch lange nicht an der Reihe, selbst wenn man annehmen wollte, daß eine Kündigung von 10 Mann in diesem Jahre ausnahmsweise notwendig war, um den Millionennann Herrn Alendorff vor dem Bettelstabe zu bewahren.

Auf Anfrage bei dem Braumeister, warum die Kündigung und zumal unter solchen Umständen erfolgt ist, erklärte derselbe, er habe es auf Befehl des Herrn Geheimrathes Alendorff gethan: „Wenn die Mäzgerei zu Ende ist, soll er die Arbeiter entlassen!“ Auf Vorschlag eines Verbandsvertreter, der Herrn Alendorff unter Anderem auch den Vorschlag machte, wenn von dem bisher geübten Modus durchaus abgewichen und Leute ausgestellt werden sollen, sie dann doch abwechselnd aussetzen zu lassen, erklärte Herr Alendorff, sich die Sache zu überlegen und Bescheid zu geben. Der Bescheid wurde dann auch gegeben, daß Herr Alendorff es sich anders überlegt und sich auch erkundigt hätte, und er die Kündigung nicht zurücknehmen könne. Auch der Appell an sein Gerechtigkeitsgefühl half nichts, von einem abwechselnden Aussetzen wollte er nichts wissen, es wäre einmal bestimmt und dabei bleibend. Er meinte ferner: Das müssen Sie doch selbst sehen, daß nichts zu thun ist; es ist dieses Jahr ein abnormes Jahr, er könne die Arbeiter nicht alle gebrauchen. Als ob damit das ungeheure Unrecht bejährt oder aus der Welt geschafft wäre, das durch die fonderbare Unlese bei der Kündigung begangen wurde, und als ob das „abnorme Jahr“ dem abwechselnden Aussetzen entgegensteht. Und wie zum Hohn fügte Herr Alendorff noch hinzu: „Sie sind ja ohnehin mit dem jetzigen Lohn kaum zufrieden gewesen, jetzt ist Ihnen Gelegenheit geboten, sich anderweitig bessere Arbeit zu suchen, wo Sie mehr verdienen u. s. w.“ Welches Armutzeugniß Herr Alendorff den Einrichtungen seines Betriebes damit ausgestellt hat, daß die Leute sich bessere, zufriedenstellendere Arbeit suchen sollen — und solche giebt's wahrhaftig in Menge, ohne daß die Besitzer Millionäre sind, nur sind solche Arbeitsstellen nicht nicht immer zu haben — hat er im Augenblick wohl selbst nicht empfunden. Allerdings arbeiten die massenhaft importirten polnischen Arbeiter und die Korrigenden aus dem Arbeitskreis jedenfalls bedeutend billiger — für Bestere bezahlt er nur pro Tag 1 Mark — jedoch er durch die Beschäftigung der in der Mäzgerei überflüssigen Arbeiter auf dem Felde bis zum Wiederbeginn der Mäzgerei — wie es früher auch üblich war, wenn für diese betreffenden Arbeiter keine andere Arbeit da war und wie es die betreffenden Arbeiter auch dieses Mal vorzuziehen — einen Verlust erleiden würde. Und hier kommt ja noch der Umstand hinzu, daß es organisierte Arbeiter waren, die man gerne los sein wollte, und die auch noch obendrein ihre unangenehmen Löhne angebeßert wissen wollten. Aber wach' eine Fülle von Arbeiterfreundlichkeit, Nächstenliebe und Sorge um das Wohl der Gemeindeglieder und Steuerzahler liegt nicht in dem Verlangen, daß die Schönebecker Arbeiter sammt deren Familien das Mangel schmerzen sollen, die weil man die polnischen Arbeiter und Korrigenden billiger erhält; und ferner in dem Hinweis, daß ihnen ja nun Gelegenheit geboten ist, sich bessere Arbeit zu suchen. Ja, Herr Kommerzienrath Alendorff ist ein Gemüths Mensch; wenn er seine Bade- und Erholungsreisen hat, warum soll er es seinen Arbeitern, die sich 2½ jahrelang bei der strengen Arbeit im Betriebe abgequält haben und ausgemergelt sind, die auch zu dem Reichthum des Herrn Alendorff durch ihrer Hände Fleiß und ihren Arbeitsschweiß beigetragen haben, warum soll er diesen Arbeitern nicht auch eine Erholungsreise bei der Suche nach Arbeit gönnen. Den kleinen Unterschied, daß es Herrn Alendorff bei den ihm von den Arbeitern erarbeiteten reichlichen Mitteln an nichts mangelt, dagegen die Arbeiter, die sich von den von Herrn Alendorff gezahlten Löhnen wahrhaftig nichts erübrigen konnten, bei ihrer Erholungsreise hungern müssen, dieser kleine Unterschied fällt ja nicht so sehr ins Gewicht, als daß er nicht übersehen werden könnte. Und für Herrn Alendorff kommt ja noch als weiterer Milderungsgrund in Betracht, daß er nicht weiß, wie Hunger thut, diesen schließlich für eine recht angenehme Beschäftigung hält, wenigstens als eine angenehme Nebenbeschäftigung für einen Arbeiter auf der Erholungsreise und für die zurückgelassene Familie daheim, die ja dann doch nichts zu thun, wo die Frau nicht einmal die Arbeit des Kochens hat und schließlich vor — Rangeweile krank werden könnte.

Just am Pfingst-„Heiligabend“, da das gewöhnliche Menschentum sich auf die Feiertage freut, mußten diese gemäßigten Arbeiter das arbeiterfreundliche Reich des Herrn

Alendorff verlassen. Es war vielleicht nicht ein unbedachtigstes Zutreffen, daß die Arbeiter gerade zum Feste dieses Festgeschenktheilhaftig wurden. Sorgenlos konnten sie sich nun mit ihrer Familie der Feiertagsfreude hingeben, ihre ausgemergelten Knochen ausruhen und Herrn Alendorff ob seiner unendlichen Güte preisen, hatten sie doch bisher bei Herrn Alendorff vor lauter Arbeit einen Sonntag noch nicht kennen gelernt; und sorgenlos konnte sich auch Herr Alendorff der Feiertagsfreude hingeben in dem Bewußtsein, ein gutes, christliches Werk gethan zu haben. Ja, die Fürsorge der Unternehmer für ihre Arbeiter ist wirklich rührend, und nur ein böswilliger Heber und Verleumder kann ob solcher Fürsorge nörgeln, der es mit Absicht nicht verstehen will, daß Herr Alendorff nur dem Triebe seines gerechten Sinnes, seines christlichen Herzens gefolgt ist.

Wenn nun die so gütig bedachten Arbeiter und noch manche Andere mit ihnen schließlich doch nähere Betrachtungen anstellen über das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe und schließlich zu der Schlussfolgerung gelangen, daß ein solches kapitalistisches Wirtschaftssystem ein im höchsten Grade ungerichtetes, brutal-rücksichtsloses ist, wo der Unternehmer nur auf das immer größere Anwachsen seines Profites und seines Reichthums bedacht sein kann, ohne jede Rücksicht auf die Arbeiter, die man aufs Pfahler setzt, wenns beliebt und wenn die Aussicht auf noch größeren Gewinn es gebietet, so liegt dieses jedenfalls nur an der Unfähigkeit, sich zu der wahren Erkenntnis durchzurufen, wie „herrlich“ doch unsere gegenwärtige „göttliche Weltordnung“ eingerichtet ist.

Wir sind leider so verstockt, bei uns liegt die Unfähigkeit und der Mangel des Erkenntnisses der „Gerechtigkeit“ dieser „göttlichen Weltordnung“ vor, wir erachten solche Thaten als ein schreckliches Unrecht und wir werden gegen dieses Unrecht ankämpfen und das Recht zu erkämpfen suchen und sollte Herr Alendorff noch mehr Millionen besitzen.

Ein „Gutes“ wird die That des Herrn Alendorff auf alle Fälle haben: sie wird den Arbeitern gerade zu der Reichthagswahl die Augen öffnen, wessen sie sich von den Unternehmern zu versehen haben, und daß sie gewerkschaftlich und politisch als Arbeiterklasse nach der Macht streben müssen, wollen sie sich ihr Recht sichern und solche Ungerechtigkeiten unmöglich machen.

Korrespondenzen.

Basel. Im Verlauf des letzten Jahres namentlich ist es uns durch Aufwand von viel Zeit und Mühe gelungen, der Sektion Basel des Verbandes Schweizerischer Brauereiarbeiter eine ansehnliche Zahl Mitglieder, darunter viele Bierfahrer und Hilfsarbeiter, zuzuführen. Es wurde diese unsere Arbeit mit einigen, wenn auch kleinen, Erfolgen gekrönt, so z. B. der Freigabe des 1. Mai d. J. für künftige Brauereiarbeiter in sämtlichen Brauereien ohne Lohnabzug. Nun aber glaubt eine beträchtliche Zahl der Mitglieder, auf der Höhe des Erreichbaren angekommen zu sein, das beweist der ungleich schwache Besuch der letzten Versammlungen. Die Kollegen, die da in den Versammlungen durch stete Abwesenheit glänzen, glauben natürlich, nachdem jetzt die Beiträge durch die Vertrauensleute in den Brauereien eingezogen werden, vom Versammlungsbefuch dispensirt zu sein. Zur Zeit des in Folge anhaltend schönen Wetters momentan flotten Geschäftsganges legt ihnen nun auch Niemand etwas in den Weg; kommt aber auch wieder die Zeit flauen Geschäftsganges, und Eine oder Andere wird Chikanen, die die Entlassung zum Anzettel haben, aufgesetzt sein und er wird sich hilfesuchend an die Sektion wenden. Es liegt uns nun fern, Dieser oder Jenen deswegen stiefmütterlich zu behandeln, aber dringend möchten wir alle Mitglieder auffordern, von nun an jede Versammlung zu besuchen, bei dieser Gelegenheit jedes Vergehen der resp. Brauereileitungen gegen die Arbeitsordnung unbemerkt vorzubringen und nicht erst im Herbst auf die Vergehen während des Sommers hinzuweisen. Darum, Kollegen, Arbeitsdrücker, erscheint in nächster Versammlung vollzählig, bringt Eure Anliegen jetzt zur Sprache, nicht erst, wenn es zu spät ist, agitiert unablässig für unsere erste Sache, indem Ihr Eure Nebenarbeiter zum Beitritt in den Verband Schweizerischer Brauereiarbeiter aufmuntert!

Cherikwalde. Die neugegründete Zahlstelle hielt am Donnerstag ihre erste gut besuchte Versammlung in der „Mühle“ ab. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war: Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner. Aufnahmen waren wieder 3 zu verzeichnen. Beschlossen wurde, die öffentlichen Versammlungen durch den „Generalanzeiger“ bekannt zu geben. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats statt.

Fürstentum. Die Versammlung vom 29. Mai, die von ca. 25 Mann besucht war, nahm die Wahl des Vorstandes vor, da der 1. Vorkandidat abgereist und der 2. unzufrieden war. Der gewählte Vorkandidat bemerkte, wenn ihm Schwierigkeiten seitens der Brauerei (seiner Arbeitsstelle) erwachsen sollten, daß sich die Mitglieder auch solidarisches Verhalten. Alsdann hielt Kollege Silge einen Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl und legte es Jedem ans Herz, nur für den Kandidaten der Arbeiter zu stimmen. Ferner sprach er über den § 616 des B. G. B. und seine Auslegung von den verschiedenen Brauereien. Zum Zwecke der Einberufung einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung soll der Vorkandidat die nötigen Schritte thun. Wie es möglich gemacht werden könnte, daß sich die hiesigen Brauereien dem Arbeitsnachweis in Berlin anschließen resp. von diesem die Arbeitskräfte beziehen, verspricht Kollege S. Erkundigungen einzuziehen. Es folgte dann noch ein Vortrag des Gen. Schallpfe.

Gen. Die am Sonntag, den 24. Mai, stattgefundene Mitgliederversammlung war außerordentlich stark besucht. Zu Punkt 1. Eingegangene Mitteilungen, theilte der Vorkandidat den eingegangenen einstimmigen Bescheid der Brauerei Ling mit betreffs der hintertriebenen Schuldgebet. Zum Punkt 2. Kündigung des am 1. Sept. ablaufenden Lohnzittels, wurde einstimmig beschloffen, denselben zu kündigen. Die neuen Bestimmungen wurden einer eingehenden und objektiven Besprechung unterzogen und im Wesentlichen den Kommissionsbeschloffen zugestimmt. Es wurde noch der Wunsch laut, in den künftigen Versammlungen ebenfalls recht zahlreich sich einfinden zu wollen. Zum Schluß wurde noch auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl hingewiesen und der wirkliche Arbeitervertreter Emanuel Wurm zur Wahl empfohlen.

Lübeck. In der Versammlung im Mai meldeten sich zwölf Kollegen zur Aufnahme. Als Sommervergütungen wurde ein Aufschlag nach Travemünde beschloffen. Sodann hielt Kollege Boyjen einen längeren Vortrag über die Entstehung und Entwicklung des Verbandes, aus welchen Verhältnissen heraus der Verband entstanden ist, welche Kämpfe er zu bestehen hatte, und ging dann näher auf die Zahlstelle Lübeck ein, der es doch endlich gelungen ist, die große Mehrzahl der Brauereiarbeiter zu organisieren und unter harten Kämpfen im Laufe der Jahre die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Mit den letzten Vereinbarungen haben die Brauereiarbeiter auf längere Zeit einen annehmbareren Lohnzittels erhalten, und jede Brauerei soll ihren von den Arbeitern gewählten Ansdhuf haben, was nur durch das geschlossene Zusammenstehen der Lübecker Brauereiarbeiter möglich zu machen war. In einer Resolution sprach die Versammlung die Ueberzeugung aus, daß nur eine geschlossene Organisation die Lage der Brauereiarbeiter verbessern kann.

Ludwigshafen. Unsere Versammlung vom 6. Juni war wieder sehr schlecht besucht. Scharfe Kritik übte Kollege Bauer

darnum bemüht hatte. Er klagte deshalb gegen Schloß beim Gewerbegericht auf 20 Mk. Entschädigung und machte geltend, er habe ohne die Karte andere Arbeit nicht erhalten können. Der Vertreter des Beklagten wandte dagegen ein, daß sich die Arbeitgeber des graphischen Gewerbes von der Einstellung eines Arbeiters nicht dadurch abhalten ließen, daß nicht die Invalidentarte gleich zur Stelle sei. Im Uebrigen habe Kläger auch schon deshalb keinen Entschädigungsanspruch, weil er in der fraglichen Zeit noch bei Schloß hätte arbeiten können. Der Kläger erwiderte darauf, daß ihm Beklagter nach Ablauf der Kündigungsfrist, also als die Lösung des Arbeitsverhältnisses perfekt war, gesagt habe, er könnte noch ein paar Tage bleiben und sich inzwischen nach anderer Arbeit umhauen. Kläger habe aber ohne Kündigungsfrist nicht länger bleiben mögen und so sei die Lösung des bereits 14 Tage früher geschlossenen Arbeitsverhältnisses erfolgt. — Die Kammer VIII des Berliner Gewerbegerichts, unter Vorsitz des Herrn Le Biefur, verurtheilte den Beklagten, dem Kläger wegen verspäteter Auskündigung der Invalidentarte die geforderte Entschädigung zu zahlen.

Das Zusammenschließen zweier Wirtschaftsdienstboten in einem Betriebe zum sofortigen Verlassen der Arbeit ohne Beachtung der Kündigungsfrist, entschied das Gewerbegericht in Karlsruhe.

Schadenersatzleistung für Entlassung nach mehrwöchiger Krankheit. Auch 25wöchiger Krankheit wurde ein Schloffer in dem Betriebe, in dem er vorher beschäftigt war, nicht mehr angenommen. Das Gewerbegericht Düsseldorf verurtheilte die Firma wegen ungerechtfertigter Entlassung zu einem angemessenen Schadenersatz aus den Gründen, daß zur Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Verfländigung des Arbeitnehmers erforderlich ist, welche in diesem Falle nicht erfolgt ist.

Schweizerischer Brauereiarbeiter-Verband.

Quittung pro Mai.

Für Beiträge (abzüglich Unterstützungen): Basel 41,— (Unt. 24,—), Bern 32,— (Unt. 61,—), Chaux de Fonds 37,—, Thur 22,—, Genf 47,—, Lausanne 26,—, Luzern (April und Mai) 27,— (Unt. 9,—, Agitation 4,—), Nordschach 21,—, Solothurn (April und Mai) 24,— (Unt. 15,—), St. Gallen 30,— (Unt. 16,—), Thun (April und Mai) 32,— (Unt. 24,—), Wil 15,— (Delegation 8,—), Winterthur 33,—, Zürich 91,— (Unt. 25,—), Einzelmitglieder 7,20 Fr.

Für Broschüren: Nordschach 4,—, Solothurn 10,20, Freiburg (Sektion Bern) 1,60 Fr.
Für Kampffonds: Thur —,20, Solothurn 4,—, Wil —,40, Zürich 4,50 Fr.

Für B: Rheinfelden 11,—, Winterthur 45,50 Fr.
Wir machen die Sektionsvorstände darauf aufmerksam, daß Delegations- oder Agitationskosten nur dann von den Beiträgen an die Zentralkasse abgezogen werden dürfen, wenn die betreffende Delegation vom Zentralvorstand arrangiert oder von ihm genehmigt worden ist.

Ueber die Frage der Gründung eines Industrieverbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter ist wiederholt in unserem Verbandsorgan diskutiert worden. Schon der Verbandstag in Zürich 1901 beauftragte den Zentralvorstand, mit dem Vorstand des Schweizerischen Käferverbandes in Verbindung zu treten zwecks Anbahnung einer näheren Verständigung zwischen beiden Verbänden. Dies geschah; und als Ergebnis der Unterhandlungen mit dem damals in Genf domiciliierten Zentralkomitee des Käferverbandes kamen Vorschläge zu Stande betreffend gemeinsame Ausbezahlung der Reiseunterstützung, gemeinsame Agitation und sog. „gemischte Gewerkschaften“. Diese Vorschläge haben wir unseren Mitgliedern in dem Jahresbericht pro 1902 mitgeteilt. Der Verbandstag des Käferverbandes, der Otrern 1902 in Basel tagte, sprach sich für Annahme dieser Vorschläge aus und beauftragte den Zentralvorstand, nicht nur mit den Brauereiarbeitern, sondern auch mit dem Zentralvorstand des Müllerverbandes weiter zu unterhandeln. Leider gab nach dem Verbandstag in Basel das Zentralkomitee in Genf sein Amt ab, und der Vorort des Käferverbandes wurde nach Zürich verlegt; und das Zentralkomitee in Zürich that in dieser Angelegenheit weiter nichts, sondern ließ die Sache auf sich beruhen. So blieb die Angelegenheit ein Jahr lang ruhen, bis sie auf dem Müllerverbandstag Otrern dieses Jahres in Langenthal wieder zur Sprache gebracht wurde. Es wurde beschlossen, an den Basler Beschlüssen festzuhalten und den Zentralvorstand zu beauftragen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ferner beschloß der Verbandstag, sich der Anregung der Müller und Brauer betreffend Gründung eines Industrieverbandes sympathisch gegenüberzustellen.

Der letztjährige Verbandstag der schweizerischen Müller-Gewerkschaften hatte mit 10 gegen 2 Stimmen einen Antrag der Sektion Zürich angenommen, das Zentralkomitee zu beauftragen, mit den Zentralvorständen der Lebensmittelbranche in Verbindung zu treten behufs Gründung eines Lebensmittelarbeiterverbandes. Ueber die Ausführung dieses Beschlusses ist uns nichts bekannt geworden. Wir gelangten deshalb, nach dem Verbandstag der Käfer, an das Zentralkomitee des Müllerverbandes mit der Anfrage, wie es sich zu dieser Frage stelle, worauf es uns den Vorschlag machte, daß die Brauer, Müller, Bäcker, Käfer, Gärtner, Tabakarbeiter etc. an den verschiedenen Orten gemeinsame Versammlungen veranstalten sollen zur Besprechung dieser Angelegenheit, um zu erfahren, wie die Mitglieder der schon bestehenden Organisationen in dieser Sache

gestimmt sind, und auf welcher Grundlage eventuell eine Vereinbarung herbeigeführt werden könne.

Es wird sich nun um die Fragen handeln: Sollen die genannten Verbände und Vereine sich zu einem gemeinsamen Verbandsrat mit einheitlichen Beiträgen, gemeinsamen Unterstützungsleistungen (Krankenkasse, Arbeitslosenunterstützung, Streikversicherung etc.), Errichtung eines ständigen Sekretariats u. s. w. zusammenschließen? Oder soll, ohne die Verbände direkt zu verschmelzen, nur eine lose Fiktion der Verbände herbeigeführt werden, indem sie sich z. B. ein gemeinsames Zentralkomitee geben oder einen vollbefoldeten Sekretär anstellen, und gewisse Einrichtungen, wie das Unterstützungsamt, auf eine gemeinsame Basis stellen, sowie an Orten, wo ein einzelner Verband zu schwach ist zur Bildung einer eigenen Sektion, gemischte Gewerkschaften bilden?

Es ist nun Aufgabe der Sektionen der verschiedenen Verbände, mit einander in Verbindung zu treten und sich über diese Fragen auszusprechen. Was nun auch bei dieser Diskussion herauskommen möge, auf jeden Fall wird es empfehlenswerth sein, daß die Zentralvorstände der verschiedenen Verbände, wie die Sektionsvorstände, an den verschiedenen Orten mit einander verständigen, insbesondere darüber, wie eine planmäßige, intensive Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Aufklärung und Schulung der gewohnten Mitglieder betrieben werden kann. Das ist unserer Ansicht nach das Wichtigste und dringendste; wenn erst einmal dieses zweckmäßig betrieben wird, wird sich mit der Zeit auch eine Verständigung über die weitergehenden Fragen ergeben lassen.

Wir ersuchen nun unsere Sektionen, die Angelegenheit zu diskutieren und uns ihre Meinung mitzutheilen, sowie da, wo es möglich ist, gemeinsame Versammlungen mit den anderen Lebensmittelarbeitern zu veranstalten und uns über das Resultat dieser Versammlungen zu berichten. Wir haben auch an den Zentralvorstand des Schweizerischen Tabakarbeiterverbandes geschrieben und warten nun die verschiedenen Meinungsäußerungen ab, um eventuell bestimmte Vorschläge machen zu können.

Bern, 6. Juni 1903.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Verbandstages ist alle halbjährlich das Verzeichnis der Gauvorsitzenden, der Vorsitzenden der Zählstellen, sowie der Vertrauensleute der Einzelmitglieder zu erneuern.

Ferner haben eine große Anzahl von Unterstützungs-Anzahlern ihre Adresse geändert, oder die Auszahlung in andere Hände übergeben.

Im Interesse der reisenden Mitglieder, sowie der Hauptverwaltung werden alle Obengenannten ersucht, ihre Adresse mit Wohnungsangabe, sowie bei den Auszahlern der Unterstützung die für die Auszahlung bestimmte Zeit bei dem Unterzeichneten anzugeben.

Wir ersuchen alle Zählstellen, wo es einer Neuwahl bedarf, dieselbe baldmöglichst vorzunehmen.

Wer bis spätestens 9. Juli 1903 seine Adresse nicht eingeschickt hat, wird im Verzeichnis nicht angeführt. Ob die alte Adresse richtig oder nicht, Jeder hat sich zu melden.

Der Hauptvorstand.
J. A. G. Bauer.

Quittung.

Vom 1.—6. Juni gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Alfeld 10,30, Düsseldorf 50,—, Heizen 18,90, Hannover 3,90, Hannover 3,40, Oesterrunde 2,80, Eilenburg 54,60, Heizen —,30, Donaueschingen 95,57, Wien 3,72, Dones 3,90, Leipzig 500,—, Döbeln 20,—, Herdruck 11,50, Göttingen 11,80, Londern 2,40, Pfanzwirbach 2,40, Aalen 10,—, Hannover 5,—, Koburg 68,75.

Für Inserate gingen ein: Dresden 2,—, Dessau 1,50, München 1,50, Leisendorfer 2,20, Stuttgart 2,60, Altwasser 6,—, Erfurt 49,80, Stuttgart 2,10.

Material ist abgegangen: Hamburg II 6000 Markten à 30 Pf., Nordhausen 30 Mitgliedsbücher und 400 Markten à 30 Pf., Düsseldorf II 1200 Markten à 30 Pf., Dresden II 500 Markten à 15 Pf.

Abrechnungen für das 1. Quartal haben eingelangt: Koburg, Eilenburg, Zwickau II und Pflanzbad.

Abrechnungen für das 1. Quartal fehlen noch aus folgenden Zählstellen: Alzey, Bayreuth, Bonn, Düsseldorf II, Donaueschingen, Halberstadt, Hamburg II, Herdruck, Hof, Kaiserslautern, Königsberg, Kulmbach, Langensalza, Witten i. Westf., Mühlhausen, Mühlheim (Rhein), M.-Glöblich, Neustadt a. Orla, Peine, Siegen, Schnebeck, Tuttingen, Weihenburg a. Sand, Weizensels und Worms.

Mit dem 30. Juni werden die Aufstellungslisten geschlossen und Bilanz gezogen. Zählstellen, welche bis dahin keine Abrechnung gefandt haben, können nicht mehr aufgenommen werden. Im allgemeinen Interesse und um ein vollständiges Bild der Quartalsabrechnung zu erhalten, werden die sämigen Zählstellen ersucht, die Abrechnung unverzüglich aufzustellen, revidieren zu lassen und sammt Quittungen für gemachte Ausgabungen an die Hauptverwaltung einzufenden.

Diejenigen Zählstellen, welche noch Restbeträge für das 1. Quartal zu senden haben, werden ersucht, diese gleichfalls bis zum 30. Juni senden zu wollen. Andernfalls diese Beträge in die Bilanz aufgenommen und unter Außenständen der Hauptkasse aufgeführt werden.

Die Hauptverwaltung.

Verbandsnachrichten.

* In Folge unvorhergesehener größerer Arbeiten konnte die „Bauer-Zeitung“ von voriger und dieser Woche erst einen Tag später wie gewöhnlich fertiggestellt und versandt werden. Auch die Nr. 25 von nächster Woche wird erst Donnerstag, den 18. Juni, versandt.

Die Exped. der „Bauer-Zeitung“.

* Jüngst nach Alzey ist ferngehalten.

* Das Mitgliedsbuch Nr. 7372, auf den Namen Heinrich Wagners aus Großen-Buseck ausgestellt, eingetretten am 3. November 1900 in Siegen, ist abhanden gekommen. Bei Vorzeigung ist es an den Hauptvorstand einzufenden.

* Gau VII. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, uns gemäß den bisher üblichen Gepflogenheiten die Abrechnungen für das 2. Quartal 1903 etwas früher zuzustellen, da im 3. Rechenschaftsbericht der Stand der Zählstellen einer besonderen Erörterung unterzogen werden soll. Der Bericht soll spätestens 14 Tage nach Ablauf des Geschäftsjahres fertiggestellt sein.

* Freiburg i. B. Kostenlos vermitteln Stellen für Brauer und Küfer der Städtische Arbeitsnachweis in Freiburg und der Wirt Karl Jffinger.

* Gera. Den auswärtigen, zur Zählstelle Gera gehörigen Mitgliedern werden in den nächsten Tagen die ausgefertigten Postanweisungen auf ihre fälligen Beiträge zugehen. Es wird ersucht, im Interesse einer glatten Erledigung bis zum 24. d. M. unter Benützung der Postanweisung die Beiträge uns zukommen zu lassen.

* Hamburg. (Sektion I.) Die Vertrauensleute werden ersucht, die Karten zum Gewerkschaftsfest beim Kassierer Dengler abzuholen.

* Köln. Die Adresse des Vorsitzenden H. Schner ist Brauerei Stauff, Köln-Arnolds Höhe.

* Amsterdam. Vertrauensmann für die nach Amsterdam reisenden Mitglieder ist J. Welfsch, Amsterdam, P. O.-Kade 89.

Versammlungsanzeigen.

Versammlungsanzeigen für die nächste Nummer gewöhne man sich an, spätestens Sonntags abzufahren, damit sie spätestens Dienstag früh bei der Redaktion eintreffen.

Alzey, Sonntag, 14. Juni, 3 Uhr, bei Ferd. Meiß.
Amsterdam. Jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Welsch, Prinz-Heinrichstraße.

Augsburg, Sonnabend, 20. Juni, 8 Uhr: Generalversammlung. Wahl eines 1. Vorsitzenden. — Sonntag, 21. Juni, 3 Uhr in Schwabmünchen.

Wiesfeld, Sonntag, 14. Juni, bei Palmeyer, Weberstraße. Bippstädter und Detmolder erscheinen.

Braunschw. Freitag, 12. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. 1. Vortrag des Kollegen Bauer-Hannover. 2. Die Antwort der Brauereien auf die eingereichten Forderungen.

Chemnitz. Der für Sonntag, den 14. Juni, geplante Ausflug findet nicht statt.
Erimmschau. Freitag, 12. Juni, in „Ahnert's Herberge“, Johannisplatz.

Dortmund. Sonnabend, 13. Juni, im Gartencafé des Herrn Schäfer, Heintjesstraße 1.

Duisburg. Sonntag, 14. Juni, 3 Uhr, bei Marks, Feldstraße 9.

Hagen. Sonntag, 14. Juni, bei Günther Schmidt, Hagen-Wehringhausen.

Hamburg. (Sektion I.) Sonntag, 14. Juni, 2 1/2 Uhr, bei Horn, Hohe Bleichen 30.

Köln. Sonntag, 14. Juni, 6 Uhr, bei Pompeck.

Worshberg - Silberstein. Sonnabend, 13. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Döhrleben. Sonntag, 14. Juni, 3 Uhr, im Feldschützenhaus.

Worshberg. Wegen Ausfluges ist am 28. Juni Versammlung in Mühlacker.

Schwedlmünchen. Sonntag, 21. Juni, 3 Uhr.

St. Johann-Saarbrücken. Sonntag, 14. Juni, 4 Uhr, im Kaisercafé, St. Johann, Generalversammlung.

Traunstein-Teisendorf. Sonntag, 21. Juni, 2 Uhr, beim „Bachbräu“ in Traunstein: Öffentliche Versammlung. Referent Kollege Holzfurtner-München. Alle erscheinenden Mitglieder mitbringen.

Unna. Sonnabend, 13. Juni, 8 Uhr, im Lokal des Herrn Nieberg, Klosterstraße.

Vergnügungsanzeigen.

Düsseldorf. Unser Sommerausflug nach Solingen-Kemscheid findet am Sonntag, 14. Juni, statt. Treffpunkt vor dem Hauptbahnhof 8 1/2 Uhr, Abfahrt 8 3/4 Uhr. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Die Kollegen von Solingen und Kemscheid wollen sich zahlreich daran beteiligen.

Unsern werthen Verbandskollegen Wolfgang Dimpfl und seiner lieben Frau, geb. Brunner, ebenso dem Kollegen Hugo Pelger und seiner lieben Frau, geb. Sörge, nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Verbandskollegen der Brauerei Kempff, Frankfurt a. M.

Unsern werthen Verbandskollegen, Maschinenschlosser Martin Salm und seiner lieben Braut Fräulein Katharine Sittler zur Hochzeitfeier am 17. Juni die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Hof-Brauerei Koch, Gnan a. M.

Unsern werthen Kollegen Ignatius Strauchmüller und seiner lieben Frau Paula, geb. Heinemann, zu der am 30. Mai stattgefundenen Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Gläffler'schen Brauerei, Kuchendorf.

Zu der stattgefundenen Hochzeitfeier dem Kollegen Oskar Gollmann und seiner lieben Gattin die herzlichste Gratulation.

Zählstelle Braunschw. Den Kollegen der Brauerei Waldhörnle, Tübingen, für die schönen Geschenke und den zahlreichen Besuch an unserer Hochzeitfeier den verbindlichsten Dank.

Erhard Burgmaier und Frau. Den Verbandskollegen der Brauerei Dumer in Nürnberg für das schöne Geschenk und die Glückwünsche anlässlich unserer Hochzeitfeier herzlichsten Dank.

Johann Simon und Frau. Zur Vermählung am 13. Juni unsern Kollegen Chr. Gottschalk und seiner lieben Braut Fräulein Hermine Ohlms die besten Glückwünsche. Die organisierten Bierfahrer der Städtischen Lagerbrauerei, Hannover.

Hannover.

In gefälliger Brachtung! Den Kollegen u. Bekannten zur Nachricht, daß ich das Verbandslokal für Brauereiarbeiter mit Herberge und Arbeitsnachweis von Hans Kleinert übernommen habe und halte mich den reisenden Kollegen bestens empfohlen. Sanberes Logis. Gutes Essen. Billige Preise. Georg Picker, 24 Kochenauerstraße 24.

Joh. Dohm

Spezialgeschäft für Bierbrauer, Kiel, Winterbrückerstraße 12, empfiehlt in bekannter Güte: Normal- u. harte Gersten, Unterhosen, Soden, extra feine Holzschale, Bläschschale, Mälzgerpantoffeln, Seiden- und Zwilchhosen, Arbeitschutzen u. Joppen, Handtücher, gr. Koffer, Bierkrüge usw. — Neue Preisliste gratis. —

Halle a. S.

Verbandslokal der Brauereiarbeiter von Bernh. Fahlsch, Königsstr. 45, hält sich den durchreisenden Kollegen bestens empfohlen. Sanberes Betten. — Gute Küche. — Billige Preise. Unsern Kollegen Josef Geiger und seiner lieben Braut Fräulein Minna Bittner zu der am 25. Juni stattfindenden Hochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen in Ludwigsbarg.

Unsern werthen Verbandskollegen Karl Friedrich Böhm und seiner lieben Braut Fräulein Katharine Anna Beck zu der am 13. Juni stattfindenden Hochzeitfeier die besten Glückwünsche. Die Verbandsmitglieder der Seidelberger Aktien-Brauerei, vorm. Kleinlein.

John's patentierter Aufsaß

(D. R.-P. 81904; Waarenzeichen „Schmetterling“) für Darr- u. Dampfkornsteine

Bewirkt eine wesentliche Erhöhung des Zuges, somit eine kräftigere Ventilation bei Darranlagen und einen höheren Aussekt bei Feuerungen.

Für kleinere Ventilationsrohre oder Kornsteine besondere Ausführungen.

Ueber 162 000 Stück bereits verkauft. Bestes und bei weitem verbreitetes Fabrikat. Referenzen und Prospektoren gratis.

Brauerei- und Mälzerei-Einrichtungsfirmer erhalten Rabatt.

Schorstein-Aufsaß- und Mehwaaren-Fabrik J. A. John, Akt.-Gesellschaft, Iversgöschel b. Erfurt 36



Unsern werthen Verbandskollegen Wolfgang Dimpfl und seiner lieben Frau, geb. Brunner, ebenso dem Kollegen Hugo Pelger und seiner lieben Frau, geb. Sörge, nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Verbandskollegen der Brauerei Kempff, Frankfurt a. M.

Unsern werthen Verbandskollegen, Maschinenschlosser Martin Salm und seiner lieben Braut Fräulein Katharine Sittler zur Hochzeitfeier am 17. Juni die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Hof-Brauerei Koch, Gnan a. M.

Unsern werthen Kollegen Ignatius Strauchmüller und seiner lieben Frau Paula, geb. Heinemann, zu der am 30. Mai stattgefundenen Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Gläffler'schen Brauerei, Kuchendorf.

Zu der stattgefundenen Hochzeitfeier dem Kollegen Oskar Gollmann und seiner lieben Gattin die herzlichste Gratulation.

Zählstelle Braunschw. Den Kollegen der Brauerei Waldhörnle, Tübingen, für die schönen Geschenke und den zahlreichen Besuch an unserer Hochzeitfeier den verbindlichsten Dank.

Erhard Burgmaier und Frau. Den Verbandskollegen der Brauerei Dumer in Nürnberg für das schöne Geschenk und die Glückwünsche anlässlich unserer Hochzeitfeier herzlichsten Dank.

Johann Simon und Frau. Zur Vermählung am 13. Juni unsern Kollegen Chr. Gottschalk und seiner lieben Braut Fräulein Hermine Ohlms die besten Glückwünsche. Die organisierten Bierfahrer der Städtischen Lagerbrauerei, Hannover.